

Konzept

für einen „Gesunden Bezirk“

Berlin-Mitte

Berlin Mitte



Mitglied im Gesunde-Städte-Netzwerk

Konzept

Das vorliegende Konzept ist von den Bezirksämtern der drei fusionierenden Bezirke Mitte (Alt), Tiergarten und Wedding am 19.9.2000 beschlossen worden.

Konzept "Gesunder Bezirk" Mitte

- 1. Allgemeine Zielsetzungen des Gesunde Städte- Netzwerkes**
- 2. Bezirkliche Zielsetzungen und Schwerpunkte**
 - 2.1. Förderung strategischen Planens und Handelns
 - 2.2. Ressortübergreifendes Handeln fördern
 - 2.3. Bürgerbeteiligung/Kooperation
 - 2.4. Verbesserung des Gesundheitsbewusstseins
- 3. Organisationsstrukturen**
 - 3.1. Koordinationsaufgaben der Mitgliedschaft im GSNW
 - 3.2. Einrichtung eines Arbeitskreises "Gesunder Bezirk" Mitte

1. Allgemeine Zielsetzungen des Gesunde - Städte - Netzwerkes

Im Jahre 1986 wurde von der WHO das Gesunde Städte-Netzwerk initiiert, an dem inzwischen 52 Städte, Kreise und Bezirke der Bundesrepublik beteiligt sind, die eine bundesdeutsche Bevölkerung von ca. 15 Millionen Menschen vertreten.

Das Netzwerk ist ein freiwilliger Zusammenschluss mit dem Ziel, Rahmenbedingungen zu schaffen, damit alle Bürgerinnen und Bürger sich verstärkt an der Gestaltung ihrer Lebens- und Umweltbedingungen beteiligen können. Grundlage für das Gesunde - Städte - Netzwerk bilden die von der WHO formulierten Prinzipien zur Gesundheitsförderung, die Gesundheitsförderung als einen Prozess verstehen, der auf Prävention, Aktivierung, Beteiligung, Kooperation und Nachhaltigkeit ausgelegt ist. Im Mittelpunkt steht dabei die Gesundheit der einzelnen Menschen. Im unmittelbaren Zusammenhang damit müssen ebenfalls die ökologischen Lebensbedingungen und die sozialen Lebenswelten (u.a. Familie, Stadtteil, Schule, Betrieb etc.) hinsichtlich ihrer Auswirkungen auf die Gesundheit der Menschen betrachtet und bewertet werden.

Ausgehend von diesen Grundsätzen sollten kommunale Konzepte entwickelt werden, die im Sinne der gesundheitsfördernden Gestaltung des öffentlichen Lebens wirksam werden. Dieses Verständnis schließt Einzelne, Gruppen und das Gemeinwesen (Verhaltens- und Verhältnisprävention) ein.

Als Schwerpunkte gesundheitlichen Handelns gelten:

- die Schaffung gesundheitsförderlicher Lebenswelten
- die Unterstützung gesundheitsbezogener Gemeinschaftsaktionen
- die Entwicklung persönlicher Kompetenzen
- die Neuorientierung der Gesundheitsdienste
- und letztlich eine gesundheitsförderliche ressortübergreifende Gesamtpolitik.

Die Verantwortung dafür wird nicht nur beim Gesundheitssektor

allein, sondern bei allen Politikbereichen gesehen, die in koordiniertem Zusammenwirken Voraussetzungen dafür zu schaffen haben, dass Gesundheit beachtet, gefördert und gelebt werden kann.

Nach diesem Verständnis ist eine Gesunde Stadt nicht unbedingt eine Stadt, die ein bestimmtes gesundheitliches Niveau erreicht hat, sondern sie ist eine Stadt, die Gesundheit zu ihrem erklärten kommunalpolitischen Anliegen macht und ihr Handeln auf die gesundheitlichen Folgen prüft und versucht, es möglichst gesundheitsfördernd zu gestalten.

Voraussetzung für den Beitritt zum Netzwerk Gesunder Städte ist u.a. die Selbstverpflichtung der Stadt auf das **9 - Punkte Programm** des GSNW.

Diese **Selbstverpflichtungserklärungen** sind wie folgt.

1. Der Rat der Stadt befürwortet die Gesunde-Städte-Konzeption und erklärt sich damit gleichzeitig mit den Zielen und Inhalten der Ottawa-Charta zur Gesundheitsförderung einverstanden.

2. Die Benennung einer für die kommunale Gesunde-Städte-Arbeit zuständigen Person hat verbindlich zu erfolgen.

3. Eine ressortübergreifende gesundheitsfördernde Politik ist zu entwickeln. Dafür werden die verschiedenen Politikbereiche und Fachämter über die Gesunde-Städte-Konzeption informiert. Weitere Institutionen sowie Bürgerinitiativen sind in diesen Prozess einzubeziehen.

4. Gesundheitsfördernde Inhalte und Methoden sollen bei allen öffentlichen Planungen und Entscheidungen berücksichtigt werden. Dafür sind entsprechende Voraussetzungen zu entwickeln.

5. Ziel ist es, Rahmenbedingungen zu schaffen, dass alle Bürgerinnen

und Bürger sich verstärkt an der Gestaltung ihrer Lebens- und Umweltbedingungen beteiligen können. Für diese Mitwirkung wird die Schaffung geeigneter Unterstützungs- und Koordinierungsstrukturen empfohlen.

6. Verständliche und zugängliche Informationen und Daten sollen den Prozess zu einer Gesunden Stadt begleiten (Gesundheits- und Sozialberichterstattung).

7. Die Teilnahme an gemeinsamen Treffen mit Delegierten der am Netzwerk beteiligten Städte soll den gegenseitigem Austausch und die Weiterentwicklung der gesundheitsfördernden Aktivitäten gewährleisten.

Die Teilnahme an der jährlichen Mitgliederversammlung ist zu ermöglichen für je einen Vertreter/eine Vertreterin der Mitgliedsgebietskörperschaft und je einen Vertreter/eine Vertreterin aus dem Kreis der Selbsthilfegruppen, Bürgerinitiativen, selbstorganisierten Projekten, der/die in der jeweiligen Kommune gewählt wird.

8. Erfahrungen, Erkenntnisse und praktikable Modelle zur Gesundheitsförderung sind an das Gesunde-Städte-Sekretariat zur Verbreitung im Netzwerk zu übermitteln.

9. Die Mitgliedschaft ist auf 4 Jahre festgelegt. Eine Verlängerung ist möglich. Alle 4 Jahre trägt das Gesunde Städte Mitglied den anderen Netzwerkmitgliedern seinen Erfahrungsbericht vor, der die Erkenntnisse aus der Kommunalen Gesunden Städte-Arbeit reflektiert. Spätestens nach 4 Jahren werden die zuständigen Gremien in der Stadt über die kommunale Umsetzung der Gesunden Städte- Programmatik informiert, um über die weitere Arbeit zu entscheiden.

2. Bezirkliche Zielsetzungen und Schwerpunkte

Ein Konzept zur Gesundheitsförderung für den "Gesunden Bezirk" Mitte sollte folgende Dimensionen umfassen:

1. Förderung strategischen Planens und Handelns
2. Ressortübergreifendes Handeln fördern
3. Bürgerbeteiligung
4. Verbesserung des Gesundheitsbewusstseins

2.1. Förderung strategischen Planens und Handelns

Das Erreichen einer gesundheitsfördernden kommunalen Gesamtpolitik erfordert langfristige Planung. Langfristiges Denken ist wesentlich, um die Bereitschaft für politische Veränderungen zu schaffen, deren Ergebnisse erst in mehreren Jahren zum Tragen kommen. Strategische Gesundheitsplanung setzt Arbeitsziele (Gesundheitsziele) für einen mehrjährigen Zeitraum. Dadurch wird ermöglicht, auch gesundheitliche Anliegen zielgerichtet zu verfolgen, außerdem werden gesundheitliche Entwicklungen in den bearbeiteten Bereichen überprüfbar.

Instrumente zur Zielerreichung wären:

- Analyse der gesundheitlichen Lage der Bevölkerung

Die Analyse von konkreten Gesundheitsproblemen und Gesundheitsbelastungen im Bezirk durch Gesundheitsberichterstattung und Befragungen, Feststellung der jeweiligen Akteure und Ressourcen in den unterschiedlichen Themenbereichen

- Gesundheitsplanung

Formulierung von Einzelzielen zur Verbesserung der gesundheitlichen Lage der Bevölkerung sowie der geplanten Maßnahmen zur Erreichung der Ziele inklusive einer Zeitplanung (beispielsweise als Ergebnis einer Gesundheitskonferenz)

- Durchführung von Gesundheitskonferenzen

zu Vernetzung, Kooperation und Koordination mit den unterschiedlichen Trägern im Gesundheitsbereich aber auch mit anderen Fachbereichen zu gesundheitsrelevanten Problemlösungen. Maßgebliche Ergebnisse aus den Gesundheitskonferenzen und aus der Analyse der Gesundheitsberichterstattung fundieren eine Gesundheitsplanung.

- Entwicklung und Durchführung von Projekten und Maßnahmen

zu bereichsbezogenen Themen bzw. zielgruppenspezifischen Feldern sowie deren Evaluation.

2.2. Ressortübergreifendes Handeln fördern

- Gesundheitskonferenzen

Gesundheitskonferenzen und deren Dokumentation sind ein Mittel zur vertiefenden Behandlung von Themenkomplexen. Sie dienen ergänzend zur Gesundheitsberichterstattung als Instrument zur Situationsanalyse und Zielfindung und ermöglichen unter Zuhilfenahme der verschiedenen Fachkenntnisse der Beteiligten eine gemeinsame Standortbestimmung mit der Ermittlung des drängenden Handlungsbedarfs sowie der Empfehlungen zur Verbesserung der Lage.

- Gesundheitsberichterstattung

Grundlage bezirklicher Gesundheitsplanung und Gesundheitsförderung ist eine umfassende und aktuelle Gesundheitsberichterstattung. Der Gesundheitsbericht dient dazu, die Entwicklung der gesundheitlichen Lage zu beobachten und daraus Ziele für die weitere Arbeit im Bereich Gesundheitsplanung/ Gesundheitsförderung abzuleiten. Weiterhin belegt er Einflüsse verschiedener Lebensbereiche auf den gesundheitlichen Zustand und stellt somit eine Basis für die Entwicklung der erforderlicher Maßnahmen in anderen Ressorts dar.

- Kooperation/ Vernetzung

Erfolgreiche Projekte und Maßnahmen auf lokaler Ebene zur Verbesserung der Lebensqualität in einem Wohngebiet setzen eine genaue Analyse der örtlichen Bedingungen, der Gesundheitsprobleme, Bedürfnisse und Interessen der Bürger und der beteiligten Einrichtungen sowie die Entwicklung gemeinsamer Ziele und Strategien voraus. Dies ist in Kooperation aller Akteure und mit Unterstützung der kommunalen Verwaltung und Politik anzugehen.

- Gesundheit in "Settings" fördern

Die Erfahrungen der letzten Jahre haben deutlich gemacht, dass es erfolgversprechender ist, Menschen zur Übernahme gesundheitszuträglicher Verhaltensweisen zu bewegen, wenn die Interventionen nicht auf das Individuum, sondern auf das es umgebende Umfeld abzielen und dadurch sowohl Änderungen im sozialen Kontext als auch erforderliche Änderungen der Organisation selbst erwirken. Als geeignet für solche Ansätze bieten sich bereits bestehende Einrichtungen wie Kindergarten, Schulklasse, Nachbarschaftsgruppen und Arbeitsplatz an. Im Rahmen solcher

sogenannter Settings ist es eher möglich, gemeinsam Prozesse für eine gesündere Lebensweise zu planen, umzusetzen und auszuwerten.

- Verbindung zu Wissenschaft und Forschung herstellen

Im Rahmen der Gesundheitsförderung und der Gesundheitsberichterstattung sollte die Chance genutzt werden, die sich durch die vielfältige Präsenz von gesundheitswissenschaftlichen Institutionen in Berlin ergibt. Hierdurch kann es möglich sein, Studien über gesundheitliche Aspekte im Bezirk durchzuführen oder zusätzliche Kapazitäten (z.B. Praktikanten) für die Gesundheitsförderung zu gewinnen. Die Erkenntnisse der gesundheitswissenschaftlichen Forschung sind zudem für die Projektarbeit in der Gesundheitsförderung eine wichtige Basis.

2.3. Bürgerbeteiligung/Kooperation

Gesunde Städte- Projekte verpflichten sich zur umfassenden Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern. Dies findet zum einen Ausdruck in verschiedenen Merkmalen des Projekts wie Zugänglichkeit und Informationsoffenheit, zum anderen lassen sich daraus folgende Tätigkeiten ableiten:

- Feststellung der Bedürfnisse der Bürger

z.B. durch Befragungen, Diskussionen im Rahmen von Veranstaltungen und Versammlungen oder Bearbeiten von Einzelanfragen. Eine wichtige Funktion übernehmen hierbei auch die Informationen von Bürger- und Selbsthilfeinitiativen über Bedürfnisse aus der Bevölkerung, die ihnen im Rahmen ihrer Tätigkeit vermittelt werden. Die Präsenz von regionalen Selbsthilfe-Zentren trägt zu

einem selbsthilfefördernden Klima bei.

- Praktische Unterstützung

Bürgergruppen sollen in ihrer Arbeit unterstützt werden, sei es beispielsweise durch Vermittlung von Informationen und Kontakten, Unterstützung bei der Erschließung von Finanzierungsquellen oder der Unterstützung bei Planung und Durchführung von Aktivitäten.

- Initiativen zur Nachbarschaftsentwicklung

Es hat sich als sinnvoll erwiesen, direkte Entwicklungsstrategien in Nachbarschaften zu verfolgen, in denen schwerwiegende gesundheitliche und soziale Probleme konzentriert auftreten. Für den Hauptstadtbezirk ist diese Vorgehensweise so zu übertragen, dass der Bezirk als Mitglied im GSNW kiezbezogene Strategien entwickeln sollte (z.B. in Kooperation mit dem Quartiersmanagement).

2.4. Verbesserung des Gesundheitsbewusstseins

Gesundheit ist ein ganzheitliches Konzept mit physischen, geistigen und sozialen Dimensionen. Ein wesentliches Ziel ist es, dass Bewusstsein für diese Sichtweise von Gesundheit, für die Einflussfaktoren auf die Gesundheit sowie auf die Beeinflussbarkeit eben dieser Faktoren zu lenken. Hierfür können verschiedene Aktivitäten hilfreich sein:

- Information verbreiten

Informationen über Einflüsse gesundheitsrelevanter Faktoren auf den Gesundheitszustand aller oder bestimmter Bevölkerungsgruppen sowie Möglichkeiten des Umgangs damit sollen umfangreich und

gezielt weitergegeben werden. Die Informationsmaterialien sollten leicht verfügbar sein, sind also zu sammeln, zu sortieren und in geeigneter Weise bereitzuhalten oder zu veröffentlichen. Daneben ist auch an eine breite Palette von Möglichkeiten der Informationsvermittlung (Kampagnen, Veranstaltungen, Befragungen, Gruppenarbeit u.a.) zu denken, die nutzbar gemacht werden kann.

- Beiträge zur Gesundheit fördern

Die Mitgliedschaft im GSNW kann durch Wettbewerbe oder Gütesiegel Beiträge von Organisationen oder Betrieben zur Verbesserung der Gesundheit anregen und fördern.

- Medienkontakte aufbauen und pflegen

Im Sinne einer umfangreichen Information über Gesundheit und die Mitgliedschaft im GSNW kommt den Medien eine wichtige Funktion zu. Insofern sollte die systematische Öffentlichkeitsarbeit ein Arbeitsschwerpunkt sein.

3. Organisationsstrukturen

Die Plan- und Leitstelle betrachtet die Programmatik des Gesunde Städte-Netzwerkes als Leitlinie für ihre eigene Arbeit. Die Durchführung der o.a. Tätigkeiten erfolgt im Rahmen der Aufgabenbereiche Gesundheitsberichterstattung und der Gesundheitsförderung.

3.1. Koordinationsaufgaben der Mitgliedschaft im GSNW

Für die Durchführung des Gesunde Städte- Projekts ist der Aufbau von Strukturen erforderlich. Hierzu gehört die Bearbeitung von Anfragen und gemeinschaftlichen Aktivitäten, die sich aus dem Kreis der Mitgliedsstädte und des Gesunde Städte-Sekretariats ergeben sowie die Mitwirkung im Berliner Regionalverbund des GSNW. Innerhalb des Bezirks bedarf es der Koordination der Aktivitäten des Projekts sowie einer Anlaufstelle für interessierte Einrichtungen , Gruppen und Einzelpersonen. Schließlich ist die Koordinationsarbeit und die Geschäftsführung für den einzurichtenden Arbeitskreis "Gesunder Bezirk" Mitte auszuüben.

Auch dieser Aufgabenbereich wird von der Plan- und Leitstelle wahrgenommen.

3.2. Einrichtung eines Arbeitskreises "Gesunder Bezirk" Mitte

Ein Arbeitskreis "Gesunder Bezirk" Mitte ist einzurichten. Der Arbeitskreis ist ein Instrument, das potentielle Partner zusammenbringt, um Möglichkeiten der Verbesserung städtischer Gesundheit auszuhandeln. Der Arbeitskreis berät den Bezirk über

Konzept

Arbeitsschwerpunkte der Gesundheitsförderung im Rahmen der Mitgliedschaft. Er gibt Empfehlungen zu erforderlichen Schritten an den Bezirk. Die Zusammensetzung des Arbeitskreises soll der Kooperation, Vernetzung und ressortübergreifender Zusammenarbeit Rechnung tragen, um das Leitbild "Gesunder Bezirk" Mitte im Sinne der Mitgliedschaft zu befördern.

Dem Arbeitskreis sollten angehören:

- Vertreter der für die Aufgabenbereiche Gesundheit, Soziales, Jugend, Umwelt, Bau- und Wohnungswesen zuständigen Abteilungen
- Vertreter des Landesschulamtes
- die/ der Ausländerbeauftragte
- die Frauenbeauftragte
- Vertreter von Bürger- und Selbsthilfeinitiativen
- Vertreter der niedergelassenen Ärzteschaft und der stationären Versorgung
- Vertreter der Krankenkassen
- Vertreter aus Handel und Industrie
- Vertreter der Fraktionen der BVV
- Vertreter des Sicherheitsbeirates.

Die Bestellung der Mitglieder des Arbeitskreises erfolgt durch das für Gesundheit zuständige Mitglied des Bezirksamtes.

Der Arbeitskreis sollte in vierteljährlichem Rhythmus tagen. Seine Sitzungen sind öffentlich. Bei Bedarf soll die Möglichkeit eingeräumt werden, themenbezogene Arbeitsgruppen einzurichten. Vertreter dieser Arbeitsgruppen wären dann ebenfalls am Arbeitskreis zu beteiligen.

Das Ziel der Mitgliedschaft im GSNW liegt in der konsequenten systematischen Verbesserung der Lebensbedingungen und der persönlichen Kompetenzen hinsichtlich einer gesundheitsförderlichen Lebensweise. Angestrebt wird somit ein Zuwachs an Gesundheit für die Bevölkerung.

Unabhängig davon leistet eine Arbeit im Sinne der Mitgliedschaft einen Beitrag zur Verbesserung von Bürgernähe und zur Transparenz von Entscheidungen.

Durch das Ziel der Schaffung gesundheitsfördernder Lebenswelten steht die Mitgliedschaft außerdem in untrennbarem Kontext mit dem Anliegen der nachhaltigen Entwicklung, das in der Agenda 21 formuliert ist.

Kontakt zum „Gesunde-Städte“-Projekt des Bezirks Berlin-Mitte:

Koordination:

Tobias Prey

Bezirksamt Mitte von Berlin
Abt. Gesundheit, Personal und Finanzen
OE Qualitätsentwicklung, Planung und Koordination
Mathilde-Jacob-Platz 1
10551 Berlin

Tel. 9018 32395
Fax: 9018 488 32395
Email: tobias.prey@ba-mitte.berlin.de

Vertreterin der Initiativen:

Angelika Vahnenbruck

StadtRand gGmbH
Selbsthilfe-Kontaktstelle Tiergarten
Perleberger Str. 44
10559 Berlin

Tel.: 394 63 64
Fax: 394 64 85
Email: kontakt@stadtrand-berlin.de

Stand: Dezember 2014

Berlin Mitte



Mitglied im Gesunde-Städte-Netzwerk